Deutscher Bundestag **Drucksache 14/5952**
14. Wahlperiode 07. 05. 2001

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (15. Ausschuss)

a) zu dem Antrag der Abgeordneten Eduard Lintner, Dirk Fischer (Hamburg), Dr.-Ing. Dietmar Kansy, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 14/2691 –

Bahnreform 2 – Neuer Schwung für die Bahn

b) zu dem Antrag der Abgeordneten Horst Friedrich (Bayreuth), Hans-Michael Goldmann, Dr. Karlheinz Guttmacher, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P. – Drucksache 14/2781 –

Bahnreform fortsetzen, Schienenverkehr stärken – vom Staatsbahnmonopol zum europäischen Wettbewerb um den Eisenbahnkunden

A. Problem

a) Die Fraktion der CDU/CSU hat einen Antrag (Bundestagsdrucksache 14/2691) eingebracht, nach dem die Bundesregierung u. a. aufgefordert werden soll, die Deutsche Bahn AG in ihrem Umwandlungsprozess von der Behördenbahn zum Wettbewerbsunternehmen nachhaltig konkret zu unterstützen, die Rahmenbedingungen für die Bahn zu verbessern, umgehend die Initiative für eine auf europäischer Basis für die Bahn harmonisierte Mineralölsteuer und Umsatzsteuer zu ergreifen, konsequent für die EU-weite Wettbewerbsfähigkeit des Eisenbahnverkehrs gemäß der EG-Richtlinie 440/91 einzutreten und sich für europäische Netze und europäische Güterverkehrsgesellschaften einzusetzen sowie Nutzungsentgelte auf Grenzkostenbasis im Rahmen eines liberalisierten europäischen Eisenbahnmarktes zu verhindern. Das Investitionsniveau soll auf stabiler, der Zielsetzung der Bahnreform entsprechender Basis sichergestellt werden und die Interoperabilität im europäischen Schienenverkehr soll nachdrücklich gefördert werden. Schließlich sollen das angekündigte Konzept für den Kombinierten Ladungsverkehr, die Novelle zum Regionalisierungskonzept und das Konzept für die entfernungs- und leistungsbezogene Straßenbenutzungsgebühr für schwere Lkw umgehend vorgelegt werden.

b) Die Fraktion der F.D.P. hat einen Antrag (Bundestagsdrucksache 14/2781) eingebracht, nach dem die Bundesregierung u. a. aufgefordert werden soll,

die Bahnreform nach den Grundzügen des Gutachtens des wissenschaftlichen Beirats zur Bahnstrukturreform fortzusetzen und vor allem die Netz AG sofort aus dem Konzernverbund der Deutschen Bahn AG herauszulösen sowie den restlichen Konzernverbund aufzulösen und bis zum Ende des Jahres 2003 vollständig zu privatisieren. Es sollen eine Initiative zur weiterführenden Liberalisierung des europäischen Eisenbahnverkehrs vorgelegt werden und das deutsche Schienennetz vorab und ab sofort für alle in der EU zugelassenen Eisenbahnunternehmen geöffnet werden. Schließlich soll der öffentliche Personennahverkehr durch Maßnahmen zur Liberalisierung des Wettbewerbsrahmens zusätzlich gestärkt werden.

B. Lösung

a) **Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/2691 im Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU,**

b) **Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/2781 im Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.**

C. Alternativen

Annahme der Anträge.

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

a) den Antrag auf Drucksache 14/2691 abzulehnen,

b) den Antrag auf Drucksache 14/2781 abzulehnen.

Berlin, den 20. April 2001

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Eduard Oswald
Vorsitzender

Karin Rehbock-Zureich
Berichterstatterin

Eduard Lintner
Berichterstatter

Albert Schmidt (Hitzhofen)
Berichterstatter

Horst Friedrich (Bayreuth)
Berichterstatter

Dr. Winfried Wolf
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Karin Rehbock-Zureich, Eduard Lintner, Albert Schmidt (Hitzhofen), Horst Friedrich (Bayreuth) und Dr. Winfried Wolf

I. Überweisung

a) Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf Bundestagsdrucksache 14/2691 in seiner 96. Sitzung am 24. März 2000 an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur federführenden Beratung und an den Finanzausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder, den Ausschuss für Tourismus, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

b) In derselben Sitzung hat der Deutsche Bundestag den Antrag auf Bundestagsdrucksache 14/2781 an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

a) Nach dem Willen der **Antragsteller des Antrags** auf Bundestagsdrucksache 14/2691 soll der Deutsche Bundestag in einer Entschließung verschiedene bahnpolitische Feststellungen treffen und die Bundesregierung auffordern, u. a. die Deutsche Bahn AG in ihrem Umwandlungsprozess von der Behördenbahn zum Wettbewerbsunternehmen nachhaltig konkret zu unterstützen, durch Herstellung der Wettbewerbsneutralität bei Steuern und Mehrbelastungen die Rahmenbedingungen für die Bahn zu verbessern, umgehend die Initiative für eine auf europäischer Basis für die Bahn harmonisierte Mineralölsteuer und Umsatzsteuer zu ergreifen, konsequent für die EU-weite Wettbewerbsfähigkeit des Eisenbahnverkehrs gemäß der EG-Richtlinie 440/91 einzutreten, sich für europäische Netze und europäische Güterverkehrsgesellschaften einzusetzen, Nutzungsentgelte auf Grenzkostenbasis im Rahmen eines liberalisierten europäischen Eisenbahnmarktes zu verhindern und das Investitionsniveau auf stabiler, der Zielsetzung der Bahnreform entsprechender Basis sicherzustellen und die Interoperabilität im europäischen Schienenverkehr nachdrücklich zu fördern. Schließlich sollen das angekündigte Konzept für den Kombinierten Ladungsverkehr, die Novelle zum Regionalisierungskonzept und das Konzept für die entfernungs- und leistungsbezogene Straßenbenutzungsgebühr für schwere Lkw umgehend vorgelegt werden.

b) Nach dem Willen der **Antragsteller des Antrags** auf Bundestagsdrucksache 14/2781 soll der Deutsche Bundestag in einer Entschließung die Bundesregierung auffordern, u. a. die Bahnreform nach den Grundzügen des Gutachtens des wissenschaftlichen Beirats zur Bahnstrukturreform fortzusetzen, die Netz AG sofort aus dem Konzernverband der Deutschen Bahn AG herauszulösen, den restlichen Konzernverbund aufzulösen und bis zum Ende des Jahres 2003 vollständig zu privatisieren, eine Intitiative zur weiterführenden Liberalisierung des europäischen Eisenbahnverkehrs vorzulegen, das deutsche Schienennetz vorab und ab sofort für alle in der EU zugelassenen Eisenbahnunternehmen zu öffnen. Schließlich soll der Öffentliche Personennahverkehr durch Maßnahmen zur Liberalisierung des Wettbewerbsrahmens zusätzlich gestärkt werden.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

a) zu Bundestagsdrucksache 14/2691

1. Der **Finanzausschuss** hat in seiner 66. Sitzung am 28. Juni 2000 mit den Stimmen der Koaltionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

2. Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat in seiner 45. Sitzung am 24. Januar 2001 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktionen der F.D.P. und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU empfohlen, den Antrag abzulehnen.

3. Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat in seiner 51. Sitzung am 7. Februar 2001 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktionen der F.D.P. und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU empfohlen, den Antrag abzulehnen.

4. Der **Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder** hat in seiner 37. Sitzung am 12. April 2000 mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Enthaltung der Stimme des Mitgliedes der Fraktion der PDS sowie bei Abwesenheit des Vertreters der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Vertreters der Fraktion der F.D.P. auf das Mitberatungsvotum verzichtet.

5. Der **Ausschuss für Tourismus** hat in seiner 53. Sitzung am 7. Februar 2001 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Abwesenheit der Fraktion der PDS empfohlen, den Antrag abzulehnen.

6. Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage in seiner 56. Sitzung am 15. November 2000 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Enthaltung der Fraktion der F.D.P., die Vorlage abzulehnen.

7. Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner Sitzung am 8. November 2000 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stim-

men der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

b) zu Bundestagsdrucksache 14/2781

1. Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat in seiner 43. Sitzung am 6. Dezember 2000 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen, der CDU/CSU und der PDS gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der F.D.P. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

2. Der **Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder** hat in seiner 37. Sitzung am 12. April 2000 mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU bei Enthaltung der Stimme des Mitgliedes der Fraktion der PDS sowie bei Abwesenheit des Vertreters der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Vertreters der Fraktion der F.D.P. auf das Mitberatungsvotum verzichtet.

3. Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage in seiner 56. Sitzung am 15. November 2000 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der F.D.P. bei Enthaltung der Fraktion der CDU/CSU, die Vorlage abzulehnen.

4. Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner Sitzung am 8. November 2000 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktion der F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU empfohlen, den Antrag abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat zu den Vorlagen in seiner 35. Sitzung am 17. Mai 2000 eine öffentliche Anhörung beschlossen und diese in seiner 40. Sitzung am 11. Oktober 2000 durchgeführt. An der Anhörung nahmen als Sachverständige Joachim Kemnitz, Bundesverband PRO BAHN e.V.; Dr. Gottfried Ilgmann; Dr. Jan Werner, Verkehrsclub Deutschland e. V. (VCD); Prof. Dr. Hans-Jürgen Ewers; Dr. Karlheinz Schmidt, Bundesverband Güterkraftverkehr und Logistik (BGL); Prof. Dr. Werner Rothengatter; Dr. Martin Henke, Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV); Prof. Dr. Heiner Monheim; Wolf-Dietrich Geitz, TransCare Umweltverträgliche Verkehrskonzepte GmbH; Heinz Hilbrecht, Kommission der Europäischen Gemeinschaften; Reiner Dickmann, PWC Deutsche Revision AG – Wirtschaftsprüfungsgesellschaft – teil.

Wesentliches Ergebnis der öffentlichen Anhörung war die Forderung der Mehrheit der Sachverständigen, Netz und Betrieb bei der Bahn voneinander unabhängig zu machen. Kritisiert wurde in diesem Zusammenhang von Sachverständigen, dass heute für die Wettbewerber der Deutschen Bahn AG der diskriminierungsfreie Zugang zum Netz nicht hinreichend sichergestellt sei. Allgemein wurde die Bedeutung von mehr Wettbewerb auf der Schiene betont. Zwischen den Sachverständigen, welche sich für eine Trennung von Netz und Betrieb aussprachen, bestanden unterschiedliche Vorstellungen über die Umsetzung einer solchen Trennung. Angesprochen wurden die Rücknahme des Netzes in staatliche Verantwortung, die Gründung einer gewinnorientierten Netzgesellschaft und ein Clubmodell, bei dem die Beteiligten bei der Vergabe der Slots mitwirken. Erörtert wurde davon unabhängig auch die Frage der Einrichtung einer Regulierungsbehörde für die Gewährleistung des diskriminierungsfreien Zugangs zum Netz. Kritik wurde von Sachverständigen an Wettbewerbsnachteilen der Bahn im Verhältnis zu anderen Verkehrsträgern geäußert. Der heutige Zustand des Netzes wurde vielfach bemängelt und es wurde die Bedeutung der Instandhaltung des Netzes hervorgehoben. Die Anhörung befasste sich unter anderem auch mit Fragen der Regionalisierung im Eisenbahnverkehr, mit dem Einsatz der Regionalisierungsmittel, mit der Angemessenheit der Investitionen in die Eisenbahninfrastruktur, mit dem Angebot an Eisenbahnverkehrsleistungen in der Fläche, der Qualität des Angebots im Eisenbahngüterverkehr, mit der Harmonisierung der technischen Rahmenbedingungen und der Marktöffnung auf europäischer Ebene sowie Fragen der Bemessung von Trassenpreisen.

Der Ausschuss hat die Vorlagen abschließend in seiner 56. Sitzung am 4. April 2001 beraten.

Zum Antrag auf Bundestagsdrucksache 14/2691 empfiehlt er mit der Mehrheit seiner Stimmen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU, den Antrag abzulehnen. Zum Antrag auf Bundestagsdrucksache 14/2781 empfiehlt er mit der Mehrheit seiner Stimmen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P., den Antrag abzulehnen.

Die Koalition weist darauf hin, dass die Bundesregierung bereits das Ziel verfolge, den Verkehr stärker auf die Schiene zu verlagern und zwar u. a. durch die Erhöhung der Investitionsmittel für die Schieneninfrastruktur, durch Sicherstellung der Unabhängigkeit des Netzes und des Wettbewerbs auf der Schiene und durch Dynamisierung der Regionalisierungsmittel. Für die Gestaltung der Zukunft der Bahn sei es notwendig, vorab zu prüfen, mit welchen Organisationsstrukturen das Ziel am besten zu erreichen sei. Hierzu gehöre auch die Überprüfung der Schnittstellen zwischen Nah-, Regional- und Fernverkehr. Die Forderung nach Liberalisierung und Privatisierung sei verfehlt, wenn sie aus rein ideologischen Gründen erhoben werde und sich nicht an den Bedürfnissen der Kunden orientiere.

Die Fraktion der CDU/CSU besteht auf der Annahme ihres Antrages. Sie weist u. a. darauf hin, dass es zur Investitionssicherheit für die Zeit nach dem Jahr 2003 keine konkreten Aussagen gebe. Weiterhin fehle es auch an einer Konzeption der Schienenverkehrspolitik der Bundesregierung, an einem Sach- und Zeitplan für den Ablauf der Trennung von Netz und Betrieb und an einer Konzeption für die Harmonisierung im europäischen Schienenverkehr.

Die Fraktion der F.D.P. besteht auf der Annahme ihres Antrages. Sie weist u. a. darauf hin, dass die Bahn heute nicht in der Lage sei, die ihr zur Verfügung gestellten Mittel sach-, zweck- und fachgerecht einzusetzen. Die Probleme der Bahn könnten erst gelöst werden, wenn die Netz AG aus der Deutschen Bahn AG herausgelöst werde.

Berlin, den 20. April 2001

Karin Rehbock-Zureich
Berichterstatterin

Eduard Lintner
Berichterstatter

Albert Schmidt (Hitzhofen)
Berichterstatter

Horst Friedrich (Bayreuth)
Berichterstatter

Dr. Winfried Wolf
Berichterstatter



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333